

**An
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin**

Berlin, 17.09.2008

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Verabschiedung des Klima- und Energiepakets der EU tritt jetzt in seine entscheidende Phase. Dieses Paket, das noch unter der deutschen EU-Präsidentschaft auf den Weg gebracht wurde, ist ein Meilenstein der europäischen Energie- und Klimapolitik, der die Glaubwürdigkeit Europas in den internationalen Klimaschutzverhandlungen unterstreichen soll. Ohne eine Verständigung über ambitionierte Maßnahmen zur Verringerung des energiebedingten Ausstoßes von Treibhausgasen in Europa wird es nicht mehr möglich sein, weiterhin eine globale Vorreiterrolle bei den anstehenden Klimakonferenzen in Posen und Kopenhagen zu beanspruchen. Im Ausland werden die Vorgänge in Europa sehr genau verfolgt. Die Schwellenländer sind nur zu eigenen Anstrengungen im Klimaschutz bereit, wenn die Industrieländer, die sowohl die Hauptverantwortung für den Klimawandel tragen als auch die wirtschaftliche Kraft zu seiner Bewältigung haben, ihre zugesagten Emissionsreduktionen tatsächlich auf den Weg bringen.

Eine Abschwächung des europäischen Energie- und Klimapakets bringt auch den weltweiten Klimaschutz insgesamt in Gefahr – mit den bekannten drastischen Folgen. Dies würde nicht nur das Leben von Millionen Menschen akut gefährden, sondern die mühsam erreichten Fortschritte in Entwicklung und Armutsbekämpfung erst zum Stillstand bringen und dann häufig irreversibel umkehren.

Der Emissionshandel ist zweifellos ein zentrales Kernstück des gesamten Paketes. Bei richtiger Ausgestaltung erhalten die klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen endlich einen Preis. Vor allem bei Planungen für neue Anlagen im Stromsektor muss die Energiewirtschaft zukünftig die Kosten für die erforderliche Verringerung der Klimabelastung bereits in ihre Investitionsentscheidungen einkalkulieren. Nur so können in der Zukunft saubere Technologien entwickelt und marktreif gemacht werden.

Die bisher vorherrschende Stromproduktion auf Basis fossiler Energieträger ist allein für 39% der europäischen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Daher müssen schnellstmöglich klare Anreize für einen Umstieg auf kohlenstoffärmere Energieträger und Technologien geschaffen werden. Allein auf den deutschen Stromsektor entfallen 10% der europäischen Emissionen. Es ist deshalb zwingend notwendig, dass die Energieversorger ihre Emissionsrechte ab 2013 im Rahmen einer Versteigerung erwerben müssen, wie das die EU-Kommission im Januar vorgeschlagen und der Bundestag im Mai beschlossen hat.

Mögliche Ausnahmen ausgerechnet für den Bau neuer Kraftwerke wären im Sinne der gewünschten Lenkungswirkung energie-, klima- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Bei konventionellen Kraftwerken stellt eine kostenlose Zuteilung der Zertifikate eine massive Subventionierung der klimaschädlichen Stromproduktion auf Basis fossiler Energieträger dar: je nach Zertifikatspreis für ein Braunkohlekraftwerk mit rund 480 Millionen Euro, für ein Steinkohlekraftwerk mit etwa 380 Millionen Euro und für ein Gaskraftwerk mit 190 Millionen Euro. Dies kann nicht der Sinn eines marktwirtschaftlichen Klimainstrumentes sein, sondern würde im Gegenteil den Energiemarkt weiter zugunsten der klimaschädlichsten Energieträger verzerren.

Außerdem bereiten uns die Tendenzen große Sorge, die Ausnahmeregelungen für die Versteigerung für die Industrie immer weiter auszuweiten. Es wäre in keiner Weise sachlich zu rechtfertigen und käme einem Dammbbruch für unbegründete Forderungen anderer EU-Mitgliedsstaaten gleich, wenn dabei nicht zumindest scharfe Kriterien zur CO₂- und Handelsintensität angelegt werden. Nur wo Wettbewerbsnachteile nicht nur behauptet, sondern quantitativ nachgewiesen werden, darf es überhaupt Ausnahmeregelungen geben - und diese auch nur in demselben Ausmaß, in dem diese Nachteile mit Zahlen belegt sind.

Das Energie- und Klimapaket würde durch solche Rückschritte an seiner entscheidenden Stelle deutlich geschwächt und die bisherige Erfahrung lässt vermuten, dass die Energieversorger dies vor allem zur Realisierung von Mitnahmeeffekten nutzen, die Verbraucher aber nicht entlastet würden.


Die Versteigerung der Emissionsrechte ist auch ein Schlüsselinstrument, damit die EU in den internationalen Klimaverhandlungen ihre eingegangenen Verpflichtungen zur finanziellen Unterstützung der Schwellen- und Entwicklungsländer beim Klimaschutz und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ausreichend untermauern kann. Ohne diese wird es mit großer Wahrscheinlichkeit Ende 2009 kein internationales Abkommen in Kopenhagen geben.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, wir möchten mit großem Nachdruck dafür plädieren, vor allem beim Stromsektor eine vollständige Versteigerung aller Emissionsrechte von 2013 an durchzusetzen. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands und auch die der Bundesregierung werden sehr stark an Ihrer Positionierung in dieser zentralen Frage gemessen werden. Deutschland darf diese Mindestanforderung an eine erfolgreiche Klimapolitik nicht unterschreiten.

Wir würden uns sehr freuen, dies in einem persönlichen Gespräch ausführlicher darlegen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

**Brot
für die Welt**



Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin Brot für die Welt

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Prof. Dr. Hubert Weiger
Bundesvorsitzender BUND



Hermann Albers
Präsident Bundesverband
WindEnergie e.V.

campact!de
DEMOKRATIE IN AKTION



Christoph Bautz
Geschäftsführer Campact e.V.



Hubert Weinzierl
Präsident Deutscher
Naturschutzring e.V.



Rainer Baake
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe e.V.



Wilfried Steen

Wilfried Steen
Vorstandsmitglied
Evangelischer Entwicklungsdienst



Jürgen Maier

Jürgen Maier
Geschäftsführer
Forum Umwelt und Entwicklung



Prof. Dr. Josef Sayer

Prof. Dr. Josef Sayer
Hauptgeschäftsführer Misereor



Hans-Gerd Marian

Hans-Gerd Marian
Bundesgeschäftsführer
Naturfreunde Deutschlands



Pfr. Alfred Buß

Pfr. Alfred Buß
Präses der Evangelischen
Kirche von Westfalen



Klaus Milke

Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
Germanwatch



Leif Miller

Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU - Naturschutzbund
Deutschland e.V.



Sabine Bock

Sabine Bock
Women in Europe for a
Common Future
Direktorin Deutschland



Dr. Anselm Görres

Dr. Anselm Görres
Forum Ökologisch-Soziale
Marktwirtschaft (FÖS),
Vorsitzender



Klaus Wiese

Klaus Wiese
Bundesvorsitzender,
IG Bauen-Agrar-Umwelt

Hans-Joachim Wilms

Hans-Joachim Wilms
Stellvertretender
Bundesvorsitzender,
IG Bauen-Agrar-Umwelt



Paul Bendix

Paul Bendix
Geschäftsführer
Oxfam Deutschland e.V.



Eberhard Brandes

Eberhard Brandes
Geschäftsführer
Umweltstiftung WWF
Deutschland